

Stop CETA!? Unser Wahlprüfstein zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Feb 9, 2021 | Allgemein

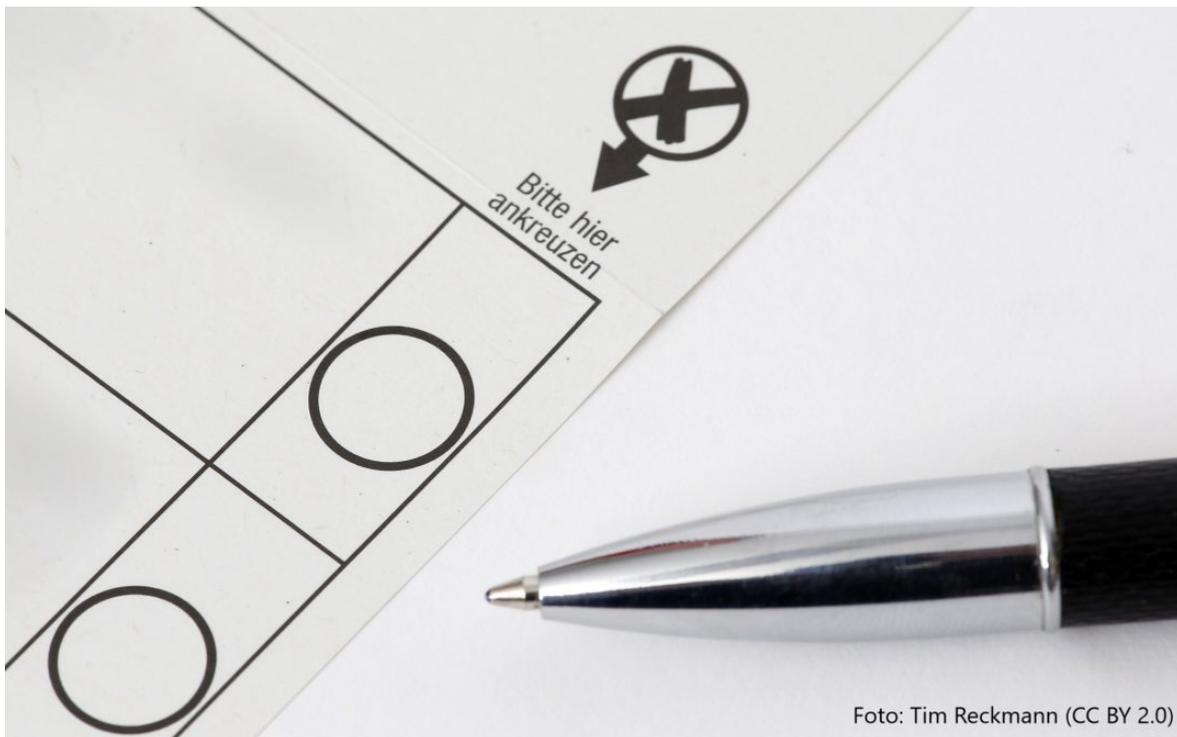


Foto: Tim Reckmann (CC BY 2.0)

Am 14. März findet die Landtagswahl in Baden-Württemberg statt. Die Wahl hat nicht nur Auswirkungen auf die Landespolitik, denn mit einer Änderung der Regierungskoalitionen ändern sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten oder Jahren fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA. Das Netzwerk Gerechter Welthandel Baden-Württemberg hat die Parteien [\[1\]](#) nach ihren Positionen zur Handelspolitik im

Allgemeinen und zu CETA im Speziellen befragt, wir präsentieren im Folgenden die Antworten.

Der Wortlaut der Fragen zu CETA lautete: „Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?“ und „Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei – bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-

Württemberg – ein JA zu CETA ausschließt, sodass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?“



So positionieren sich die baden-württembergischen Parteien zu CETA

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg geben keine klare Antwort auf die Frage, ob sie ein Ja zu CETA im Bundesrat ausschließen, da sie eine solche verbindliche Aussage zum jetzigen Zeitpunkt als „nicht seriös“ betrachten. Stattdessen verweisen sie darauf, dass das Bundesverfassungsgericht noch über die **CETA-Verfassungsbeschwerden** entscheiden und die Bundesregierung anschließend ein Ratifizierungsgesetz formulieren muss. Erst wenn dieses vorliegt, wollen sie anhand ihrer formulierten Anforderungen an EU-Handelsabkommen über das Abstimmungsverhalten zu CETA entscheiden.

Diese von der Partei formulierten Anforderungen umfassen unter anderem den konsequenten Schutz von Arbeits- und Verbraucherschutzrechten, die Verankerung des Pariser Klimavertrags als wesentlichen Bestandteil des

Handelsabkommens, und die Gewährleistung der parlamentarischen Mitentscheidung bei der regulatorischen Kooperation. Einseitige Sonderklagerechte für Investor*innen werden klar abgelehnt.

Sofern die Grünen konsequent nach den von ihnen selbst formulierten Anforderungen an Handelsabkommen abstimmen, müssten sie die vollständige Ratifizierung von CETA ablehnen. Diese Einschätzung findet sich auch im **Wahlprogramm** wieder, in dem CETA „in der jetzigen Form“ abgelehnt wird“. Allerdings gibt es keinen Grund zur Annahme, dass der Inhalt des Abkommens zum jetzigen Zeitpunkt noch verändert werden könnte, immerhin wurde es bereits von 15 EU-Mitgliedsstaaten vollständig ratifiziert. Dass sich die baden-württembergischen Grünen – im Gegensatz zu anderen Landesverbänden und zur Bundestagsfraktion, und anders als noch vor einigen Jahren – nicht zu einem grundsätzlichen Nein zu CETA durchringen können, ist Ausdruck der innerparteilichen Auseinandersetzungen zu diesem Thema: Während die breite Basis der Partei das Abkommen ablehnt, äußerte Ministerpräsident Winfried Kretschmann nach einer Kanada-Reise 2019 die Hoffnung auf seine **baldige Ratifizierung**.

Die vollständige Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg



Die **CDU Baden-Württemberg** weist darauf hin, dass CETA „in der gegenwärtigen Fraktionsarbeit“ kein Thema sei und enthält sich einer klaren Aussage zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat. Generell äußert sich die Partei durchgehend positiv gegenüber der Öffnung von Märkten und dem Abschluss von Freihandelsabkommen und verweist darauf, dass diese Abkommen ein „Hebel“ sein können, „um auch die Lage der Menschen in den entsprechenden Partnerstaaten zu verbessern“. Dass eine Zunahme des Handels nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung des Wohlstands auf beiden Seiten und erst recht nicht zu einer gerechten Verteilung dieses Wohlstands führen muss,

kommt in dieser Sichtweise nicht vor. Ebenso wenig wird thematisiert, dass aktuelle Handelsabkommen wenige Gewinner – in erster Linie Wirtschaftsakteure zum Beispiel aus der Automobil-, Agrar- oder Chemieindustrie – und viele Verlierer produzieren.

Daher ist davon auszugehen, dass sich die CDU Baden-Württemberg entsprechend ihrer Positionierung auf Bundesebene für den Abschluss von CETA einsetzen wird.

Die vollständige Antwort der CDU Baden-Württemberg



Die **SPD Baden-Württemberg** steht CETA „positiv gegenüber“ und wird sich „für seine Ratifizierung einsetzen“. Sie begründet dies einerseits mit der „existentiell wichtig[en]“ Bedeutung, die „barrierefreie Handelsbeziehungen“ für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Bundeslandes einnehmen. Andererseits sieht die SPD keinerlei Anhaltspunkte für Kritik an der Ausgestaltung des Abkommens: CETA enthalte demnach „zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof“; private Schiedsgerichte seien „ausgeschlossen“.

Tatsächlich wird CETA nach der vollständigen Ratifizierung aber durchaus private Schiedsgerichte ermöglichen, die außerhalb staatlicher Gerichtsbarkeit stehen und ausschließlich von ausländischen Investoren angerufen werden können, um Staaten auf Schadensersatz zu verklagen. Zwar enthält der Mechanismus für die Investor-Staat-Streitschlichtung in CETA (das so genannte Investment Court System – ICS) einige prozedurale Veränderungen gegenüber dem früheren Mechanismus, beispielsweise können sich die Streitparteien ihre Schiedsrichter*innen nicht mehr selbst auswählen. Der Kern der traditionellen Investor-Staat-Streitschlichtung blieb jedoch unverändert: Zugang zu diesem Mechanismus haben weiterhin ausschließlich ausländische Investoren, die sich

von einem Vertragsstaat ungerecht behandelt fühlen. Staaten, Gewerkschaften, Umweltverbänden oder Einzelpersonen können diese Schiedsgerichte grundsätzlich nicht nutzen, um Schadensersatz für Verstöße gegen Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards einzufordern.

(Eine Übersicht zum Status Quo des EU-Investitionsschutz und den Änderungen durch CETA sowie den in CETA angestrebten Multilateralen Investitionsgerichtshof bietet übrigens das Factsheet „**Wenn Totgesagt wieder auferstehen**“ von PowerShift).

Die vollständige Antwort der SPD Baden-Württemberg



Die **FDP Baden-Württemberg** setzt sich „nach wie vor für ein klares ‚Ja‘ des Landes Baden-Württemberg zu einer CETA-Ratifizierung ein“. Sie sieht CETA sowie alle anderen Freihandelsabkommen grundsätzlich als „positiver Schritt in Richtung eines gerechten Welthandels“ – selbst dann, wenn es nicht gelingt „alle unsere hohen Standards“ und Klimaschutzziele zu vereinbaren.

Die vollständige Antwort der FDP Baden-Württemberg



Die **LINKE Baden-Württemberg** sagt zu, sich „konsequent auf allen Ebenen“, „zusammen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen“ und „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ gegen die Ratifizierung von CETA einzusetzen. Im Falle einer Regierungsbeteiligung schließt sie ein Ja zu CETA aus. Als Begründung verweist sie darauf, dass CETA ein „Instrument des Demokratieabbaus“ sei und weitreichende Folgen unter anderem auf die Daseinsvorsorge sowie auf die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen im Gesundheitswesen oder dem Bildungs- oder Kulturbereich haben werde.

Über CETA und ähnliche Handelsabkommen hinaus fordert die Linke eine „andere Globalisierung“ und einen „sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft“: Regionale Wirtschaftskreisläufe sollten gefördert werden, verbindliche Regelungen müssten sicherstellen, dass Standards auch bei importierten Produkten aufrechterhalten werden. Um sich vor Konkurrenz aus den industrialisierten Staaten zu schützen, sollten weniger industrialisierte Länder das Recht haben, „Zölle zu erheben und Handelsbeschränkungen zu erlassen“. Generell sei die Fortführung des internationalen Handels sei „ohne ein Ende von Kinderarbeit, Ausbeutung und unmenschlichen Arbeitsverhältnissen [...] nicht vertretbar.“

Die vollständige Antwort von Die LINKE.Baden-Württemberg



Die **ÖDP Baden-Württemberg** sieht CETA als ein „unfares“ Handelsabkommen, das sie im Landtagswahlkampf als Unterpunkt ihres Schwerpunktthemas Wachstumskritik thematisieren möchte. Im Falle einer Regierungsbeteiligung schließt sie ein Ja zu CETA aus.

Detaillierte Gründe für die Ablehnung enthält die Antwort auf unseren Wahlprüfstein nicht. In ihrem **Wahlprogramm** kritisiert die ÖDP, dass Freihandelsabkommen den Weg zur Privatisierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen ebnen und weist auf den von ihr initiierten „Volksantrag gegen CETA“ hin, mit dem sie „die Herabsetzung bei Umwelt- und Sozialstandards deutlich gemacht“ habe.

Die vollständige Antwort der ÖDP Baden-Württemberg



Die **Klimaliste Baden-Württemberg** verspricht, „keinem Abkommen in der Tradition von CETA, TTIP & Co“ zuzustimmen und im Fall einer Regierungsbeteiligung gegen CETA zu stimmen.

Die Klimaliste wurde im letzten Jahr gegründet und tritt mit den beiden Hauptzielen 1,5°C-Grenze sowie Generationengerechtigkeit an. Handelsabkommen, „deren Entstehung nicht transparent und demokratisch ist, die gegen Gesetze, Richtlinien und Standards verstoßen und grundsätzlich Umwelt und Menschen wirtschaftlichen Belangen unterordnen“, lehnt die Klimaliste klar ab.

Die vollständige Antwort der Klimaliste Baden-Württemberg



Grafische Darstellung der Ergebnisse



Hintergrund zur Ratifizierung von CETA

Das Handels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit Kanada (CETA) wird seit September 2017 zu großen Teilen vorläufig angewandt. Unter anderem die umstrittenen Sonderklagerechte für Konzerne können jedoch erst in Kraft treten, wenn das Abkommen von den Parlamenten aller EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde. In Deutschland müssen sowohl Bundestag als auch Bundesrat grünes Licht geben. Im Bundesrat ist eine absolute Mehrheit von 35 Ja-Stimmen nötig, um CETA zu ratifizieren. **Wenn alle Parteien, die die Proteste gegen CETA unterstützt haben, an dieser Position festhalten und der Ratifizierung nicht zustimmen, kann das Abkommen nach aktueller Sitzverteilung noch gestoppt werden!**

Weitere Informationen zu unserer Kritik am EU-Kanada-Abkommen: „**7 Gründe gegen CETA**“ (Juni 2019)

*Anmerkung: Befragt wurden alle Parteien, die bereits im aktuellen Landtag vertreten sind, sowie Die Linke, ÖDP und die Klimaliste. Die AfD wurde von der Befragung ausgeschlossen, da sie als Sammelbecken unterschiedlicher Kräfte dient, in dem auch rechtsextreme Personen und Positionen vertreten sind. Zu unserem **Selbstverständnis** als Netzwerk Gerechter Welthandel gehört jedoch, dass wir jede Form von Rassismus, Rechtspopulismus und nationen Ressentiments entschieden ablehnen.*



Neueste Beiträge

Newsletter Nr. 25 (Februar 2021)

Stop CETA!? Unser Wahlprüfstein zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Stop CETA!? Unser Wahlprüfstein zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

Newsletter Nr. 24 (Dezember 2020)

Gemeinsame Pressemitteilung zum EU-Handelsministerrat

Archive

Februar 2021

Dezember 2020

November 2020

Oktober 2020

September 2020

Juli 2020

Juni 2020

April 2020

Februar 2020

Januar 2020

Dezember 2019

November 2019

Oktober 2019

September 2019

August 2019

Juli 2019

Juni 2019

Mai 2019

April 2019

März 2019

Februar 2019

Januar 2019

Dezember 2018

November 2018

Oktober 2018

September 2018

August 2018

Juni 2018

Mai 2018

April 2018

März 2018

Februar 2018

Januar 2018

Dezember 2017

November 2017

September 2017

August 2017

Juli 2017

Juni 2017

Kategorien

Allgemein

Newsletter

Offener Brief

Pressemitteilungen

Publikation

Termine

Vergangene Aktionen

[Impressum](#) [Datenschutzerklärung](#) [f-Seite](#) [🐦-Profil](#)

© Netzwerk Gerechter Welthandel